

Und immer wieder grüßt das Murmeltier...

Ein Lebensmittelhersteller ruft weltweit Schokoriegel zurück, weil in einem einzigen Riegel ein Plastikstück gefunden wurde, ein großer deutscher Autohersteller setzt eine spezielle Software ein, um die Messung des Schadstoffausstoßes bei Abgasuntersuchungen zu manipulieren, ein Mitglied des Deutschen Bundestages legt seine Ämter nieder, weil bei ihm Drogen gefunden wurden. Dies sind nur einige der jüngsten Beispiele für ein regelmäßig auftauchendes Phänomen. Fast jede Woche können wir in den Medien einen neuen Fall verfolgen, der sich gravierend auf die Reputation eines Unternehmens oder eines Politikers auswirkt. Wie sollte man am besten in einer solchen Situation reagieren? Mit dieser Frage befasste sich die 25. Berliner Mittwochsgesellschaft des Handels, die am 2. März 2016 stattfand.

Prof. Dr. Daniel Diermeier als Gastredner

Die Veranstalter Metro Group, Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) und Handelsverband Deutschland (HDE) konnten zur Jubiläumsausgabe der Berliner Mittwochsgesellschaft Prof. Dr. Daniel Diermeier, Dekan der Harris School of Public Policy sowie Emmett Dedmon Professor für öffentliche Verwaltung an der Universität Chicago, als Gastredner gewinnen.

In seinem Vortrag befasste sich Professor Diermeier mit dem Thema: „Dialog, Ehrlichkeit und Transparenz: Wie Politik und Wirtschaft aus der Vertrauenskrise kommen“. Dabei stellte er eingangs fest, dass die Reputation maßgeblich in Krisensituationen geprägt werde, unabhängig davon, ob es um Personen oder um Unternehmen geht. Der Grund hierfür sei, dass in einer Krisensituation der Fokus und somit die öffentliche Aufmerksamkeit auf dem Betroffenen liege. Insbesondere im Zeitalter der neuen Medien und einer global vernetzten Welt habe dieser Effekt massiv zugenommen. In der Theorie sei dies den meisten Aufsichtsräten von Wirtschaftsunternehmen laut Diermeier bewusst. Dennoch werde man regelmäßig Zeuge von schlechtem Krisenmanagement. Auch hierfür lieferte der Professor eine Erklärung. Zum einen gehe es in entsprechenden Situationen um sehr viel, zum anderen fehle es den Betroffenen in der Regel an Erfahrungswerten, weil Krisen für den Einzelnen nur sehr selten auftreten. Daher werde oftmals nach dem ‚fight-flight-syndrom‘ reagiert, wonach der Mensch entweder kämpft oder flieht. Ein solches Verhalten sei in Krisen aber nicht funktional. Vielmehr müsse man sich laut Diermeier

im Krisenfall bewusst machen, dass man auf der Bühne stehe und sein Verhalten daran anpassen. Insbesondere sei mit einer Krise auch immer ein Glaubwürdigkeits- und Vertrauensproblem verbunden: Kann man der handelnden (Führungs-)Person trauen? Traut man ihr die Lösung des Problems zu?

Krise als Chance

Wenn es in einer Krise gelinge, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen, könnten Krisen auch eine Chance darstellen, so eine These von Professor Diermeier. Er nannte vier Faktoren, die Vertrauen beeinflussen würden: 1. Sachkenntnis, 2. Transparenz (wobei es maßgeblich sei, dass die vermittelten Fakten verständlich sind), 3. Empathie gegenüber den Ängsten der Kunden/Wähler und der richtige Umgang damit sowie 4. Entschlossenheit, die Situation zu lösen. Darüber hinaus müsse die Krise zur Chefsache gemacht werden und es müsse schnell, klar und möglichst einfach gehandelt werden. Alle diese Faktoren trügen dazu bei, Vertrauen zu erzeugen.

Unterschiede zwischen Wirtschaft und Politik

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum stellte Diermeier fest, dass die Wege zu erfolgreichem Krisenmanagement in Wirtschaft und Politik durchaus unterschiedlich sein können. Der Ansatz des „Aussitzens“ könne nur in der Politik funktionieren, nicht aber in der Wirtschaft. Politiker seien regelmäßig in den Medien präsent, erhielten viel

Aufmerksamkeit und hätten so die Möglichkeit, viele Eindrücke zu vermitteln und so das eigene Bild in der Öffentlichkeit immer wieder positiv zu beeinflussen. Wirtschaftsunternehmen hingegen seien selten in den Medien und wenn dann meist nur, wenn etwas Negatives passiert sei. Vor diesem Hintergrund komme für Unternehmen das Aussetzen als Ansatz für ein Krisenmanagement nicht in Betracht.

André Schwarz, stellvertretender BGA-Hauptgeschäftsführer, sprach die Rolle des Empfängers im Rahmen der Krisenkommunikation an. Dieser sei in seinen Vorstellungen oft in sich widersprüchlich, so dass sich die Frage stelle, ob der Sender überhaupt eine Chance habe, den Empfänger für sich zu gewinnen. Die ernüchternde Antwort von Diermeier lautete, dass dies normalerweise nicht der Fall sei. Er stimmte zwar zu, dass es bei Wählern und Konsumenten zahlreiche Widersprüche gebe. Allerdings müssten sich sowohl Wirtschaft als auch Politik darauf einstellen und sinnvoll mit diesen Widersprüchen umgehen.

Grundsätzlich bestätigte der Dozent die aus dem Publikum vorgeschlagene These, dass alles, was man tue, veröffentlichungsfähig sein müsse. Oder anders formuliert: Jede einzelne Entscheidung müsse dergestalt sein, dass sie die Reputation insgesamt fördere.

[Sebastian Werren]

BGA AKTUELL

BGA: Jahresbilanz 2015 – sinkende Preise vermiesen dem Großhandel das Geschäft

„Sinkende Preise und mangelnde Investitionsbereitschaft hierzulande haben den Großhändlern zu schaffen gemacht. Ein leichtes Anziehen der Geschäfte zum Jahresende hat wenigstens einen realen Einbruch verhindert und die Jahresbilanz 2015 des Großhandels gerettet. Dieses Ergebnis wurde jedoch hart erarbeitet. Denn angesichts sinkender Preise wird es für die Unternehmer immer schwieriger, bei steigender Geschäftstätigkeit den bisherigen Umsatz zu halten. Das belastet die Ertragslage und mindert den Handlungsspielraum.“ Dies erklärte BGA-Präsident Anton F. Börner in Berlin zu den vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (DESTATIS) der Umsatzzahlen im Großhandel für das Jahr 2015.

Nach den Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes haben die Unternehmen des Großhandels im vergangenen Jahr real zwar 0,1 Prozent mehr, nominal aber 1,2 Prozent weniger umgesetzt als im Vorjahr. Im Dezember wurden real 2,4 Prozent und nominal 2,7 Prozent mehr Güter und Dienstleistung verkauft im Vergleich zum Vorjahresmonat, der bereits außerordentlich gut ausgefallen war.

„Das Treten auf der Stelle, wenn auch auf hohem Niveau, ist kein gutes Zeichen für das Wirtschaftswachstum 2016. Vielmehr deutet der Rückgang im Produktionsverbundhandel darauf hin, dass die derzeit gute Konjunkturlage auf wackligen Beinen steht. Schließlich konnte auch der erfreuliche Zuwachs im Konsumgüterbereich den Großhandel insgesamt nominal nicht im Plus halten. Auch wenn aktuell die Bewältigung des Flüchtlingszustroms und die Terrorbekämpfung im politischen Mittelpunkt stehen, dürfen die Belebung der Investitionstätigkeit und die Modernisierung der Infrastruktur, die der Schlüssel für das Wirtschaftswachstum von morgen sind, nicht vernachlässigt werden. Diese sollte die Politik flankieren, durch weniger Bürokratie, stabile Beiträge und mittelstandsfreundlich ausgestaltete Steuern. Anderenfalls sind hohe Beschäftigung, gute Wettbewerbsfähigkeit und solide Finanzen langfristig gefährdet“, so Börner abschließend.

 BGA-Pressemitteilung vom 1. März 2016

STEUERN

Manipulationssichere elektronische Kassensysteme

Anlässlich des Fachgesprächs zur Einführung manipulationssicherer elektronischer Kassensysteme im Finanzausschuss des deutschen Bundestages am 17. Februar 2015 haben die Spitzenverbände von Handel, Handwerk und Industrie ein gemeinsames Positionspapier vorgelegt. Darin heben die Verbände hervor, dass sie dem Vorhaben, gegen Steuerbetrug durch Manipulationen von elektronischen Kassensystemen vorzugehen, grundsätzlich positiv gegenüber stehen, allerdings dürfen die Pläne nicht dazu führen, dass die Unternehmen bestimmter Branchen unter Generalverdacht gestellt werden. Auch weisen sie darauf hin, dass die Umstellung auf manipulationssichere Registrierkassen für die Unternehmen mit erheblichen Kosten verbunden ist.

Die Verbände plädieren dafür, Kasseninvestitionen, die im Vertrauen auf die derzeitige Rechtslage getätigt wurden, zu schützen, da in vielen Fällen eine Nachrüstung nicht möglich sei. Aus diesem Grund wird eine ausreichende Übergangsregelung gefordert. Zudem treten sie für eine Kompensation des Mehraufwandes für einen finanziellen Ausgleich in den Fällen ein, wenn die Unternehmen sich vor Ablauf des Übergangszeitraums freiwillig für eine Neuinvestition entscheiden. Die Nichtbeanstandungsregelung aus der Kassenrichtlinie 2010 sollte überdies verlängert werden, falls es noch in diesem Jahr zu einem entsprechenden Gesetzgebungsverfahren kommen sollte.

① Das Positionspapier der Spitzenverbände von Handel, Handwerk und Industrie vom 17. Februar 2015 kann angefordert werden.

[Michael Alber]

AUSSENHANDEL

Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit Vietnam abgeschlossen - Investitionsschutz auf Basis des deutschen Vorschlags setzt sich durch

Ein Freihandelsabkommen mit Vietnam soll den Zugang europäischer Produkte und Dienstleistungen zu diesem wachstumsstarken Markt langfristig sichern und damit neue Arbeitsplätze in Deutschland und in der EU schaffen und sichern. Die EU-Kommission hat am 1. Februar 2016 den entsprechenden Vertragstext veröffentlicht.

Als erstes Land hat Vietnam den Vorschlag für einen reformierten Investitionsschutz mit einem transparenten Investitionsgericht akzeptiert - mit öffentlich benannten Richtern und Berufungsverfahren - so wie er auch bei TTIP angestrebt wird. Schiedsgerichte mit privaten Anwälten als Richter soll es dabei nicht mehr geben.

In der Folge beginnt nun die Debatte über das Abkommen im Europäischen Rat und im Europäischen Parlament, die beide ratifizieren müssen. Bevor das Abkommen in Kraft treten kann, müssen unter anderem vermutlich auch noch der Bundestag und der Bundesrat zustimmen. Rechtzeitig zu Beginn der Beratungen soll der Vertragstext auch auf Deutsch vorliegen.

① Den englischen Text finden Sie unter:

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13968_de.htm

[Marcus Schwenke]

Öffentliche Konsultation der Kommission zum Marktwirtschaftsstatus Chinas in Antidumpingverfahren

Die Europäische Kommission führt eine umfassende Folgeabschätzung zum Thema "Marktwirtschaftsstatus (MWS) China in Antidumpingverfahren durch. Sie hat dafür am 10. Februar 2016 eine öffentliche Konsultation über mögliche Auswirkungen einer mit einer etwaigen MWS-Vergabe verbundenen Änderung der Methodologie bei der Berechnung von Dumping gegenüber der Volksrepublik China auf die EU-Industrie und die Arbeitsplätze eingeführt.

Damit die Stimme des Handels angemessen vertreten ist, bitten wir, um Teilnahme an der Konsultation oder diese Information an Ihre Mitgliedsunternehmen weiterzuleiten.

① Weitere Informationen (einschließlich des Fragebogens) finden Sie unter:

http://trade.ec.europa.eu/consultations/index.cfm?consul_id=191

NMI-Irak: Business Meeting mit irakischem Premierminister

Ein Business Meeting mit dem Premierminister des Irak, S. E. Haider al-Abadi und dem Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Energie, Matthias Machnig, fand am 12. Februar 2016 in Berlin statt. Das Treffen wurde von der Nordafrika Mittelost Initiative (NMI) und der Ghorfa gemeinsam organisiert. Die NMI selber wurde durch ihren Vorsitzenden, Prof. Dr. Siegfried Russwurm (Vorstandsmitglied der Siemens AG), und ihren stellvertretenden Vorsitzenden, Peter F. Mayr (Geschäftsführer der Firma Terramar GmbH), vertreten. Herr Mayr vertritt innerhalb des NMI-Vorsitzes den Bereich des Außenhandels.

Für Professor Russwurm, der bei der Veranstaltung neben Staatssekretär Machnig und Ghorfa Vizepräsident Olaf Hoffmann ein Grußwort hielt, war es der erste öffentliche Auftritt im Amt als NMI-Vorsitzender, das er seit Januar 2016 innehat. Er betonte in seiner Rede das deutsche Interesse an guten Geschäftsbeziehungen zum Irak. Die deutsche Wirtschaft wolle das Land nachhaltig unterstützen und dazu beitragen, dass lokale Ressourcen aufgebaut und lokale Arbeitnehmer angestellt werden. Deutsche Investitionen seien langfristig angelegt.

Premierminister al-Abadi betonte, dass auf Dauer angelegte Investitionen die besten seien. Er berichtete von Fortschritten seines Landes bei der Bekämpfung von Korruption und

Terrorismus. Sein Land fördere insbesondere KMUs. Denn je mehr sich die Bürger beim Wiederaufbau des Landes engagierten, desto weniger würden sie radikale Strömungen unterstützen. Abschließend betonte Premierminister al-Abadi das große Ansehen, dass die deutsche Wirtschaft im Irak genieße.

- ① Weitere Informationen können über unsere Geschäftsstelle bei Sebastian Werren, E-Mailadresse: sebastian.werren@bga.de angefordert werden.

[Sebastian Werren]

Vereinigte Staaten sind Deutschlands wichtigster Handelspartner

Im Jahr 2015 wurden nach vorläufigen Ergebnissen Waren im Wert von 173,2 Milliarden Euro zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten gehandelt (Exporte und Importe). Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, waren damit die Vereinigten Staaten im Jahr 2015 Deutschlands wichtigster Handelspartner. Auf den Rängen zwei und drei folgten Frankreich mit einem Warenverkehr in Höhe von 170,1 Milliarden Euro und die Niederlande mit einem Außenhandelsumsatz von 167,6 Milliarden Euro.

- ① DESTATIS-Pressemitteilung (Auszug) vom 2. März 2016

ARBEITSMARKT

Januar 2016: Erwerbstätigkeit steigt im Vorjahresvergleich weiter

Im Januar 2016 waren nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 42,9 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Gegenüber dem Vorjahresmonat stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 522 000 Personen oder 1,2 %. Ein guter Konjunkturverlauf und die milde Witterung waren die Hauptgründe dieser Entwicklung. Erwerbslos waren im Januar 2016 gut 1,8 Millionen Personen, knapp 250 000 weniger als ein Jahr zuvor.

- ① DESTATIS-Pressemitteilung (Auszug) vom 1. März 2016

BGA »DIREKT-SERVICE«

Bitte per Fax an 030 590099-519

Bitte senden Sie mir folgende Dokumente per E-Mail an unten stehende Adresse:

- Positionspapier Manipulationssichere elektronische Kassensysteme

E-Mail Adresse

Zitat der Woche

»Der Fall VW ist ein Beispiel dafür, was passiert, wenn innerhalb und im Umfeld einer Branche ein eigenes Normensystem entsteht und Interessenskonflikte nicht sauber vermieden werden.«

Denis Snower, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, zur Manipulation der Abgaswerte

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 3. März 2016
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich